

BVGer E-3953/2010 vom 9. August 2010

Bundesverwaltungsgericht, 2010-08-09, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bvger_E-3953_2010

FR: TAF E-3953/2010 du 9 août 2010

IT: TAF E-3953/2010 del 9 agosto 2010

Regeste

Asyl und Wegweisung

Erwägungen

E. 1.1

Das Bundesverwaltungsgericht entscheidet gemäss Art. 105 des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998 (AsylG, SR 142.31) endgültig über Beschwerden gegen Verfügungen des BFM. Es ist ausserdem zuständig für die Revision von Urteilen, die es in seiner Funktion als Beschwerdeinstanz gefällt hat (vgl. BVGE 2007/21 E. 2.1 S. 242).

E. 1.2

Gemäss Art. 45 des Verwaltungsgerichtsgesetzes vom 17. Juni 2005 (VGG, SR 173.32) gelten für die Revision von Urteilen des Bundesverwaltungsgerichts die Art. 121-128 des Bundesgerichtsgesetzes vom 17. Juni 2005 (BGG, SR 173.110) sinngemäss. Nach Art. 47 VGG findet auf Inhalt, Form und Ergänzung des Revisionsgesuches Art. 67 Abs. 3 VwVG Anwendung.

E. 1.3

Mit dem ausserordentlichen Rechtsmittel der Revision wird die Unabänderlichkeit und Massgeblichkeit eines rechtskräftigen Beschwerdeentscheides angefochten, im Hinblick darauf, dass die Rechtskraft beseitigt wird und über die Sache neu entschieden werden kann (vgl. Pierre Tschannen/Ulrich Zimmerli, Allgemeines Verwaltungsrecht, 2. Aufl., Bern 2005, S. 269).

E. 1.4

Das Bundesverwaltungsgericht zieht auf Gesuch hin seine Urteile aus den in Art. 121-123 BGG aufgeführten Gründen in Revision (Art. 45 VGG). Nicht als Revisionsgründe gelten Gründe, welche die Partei, die um Revision nachsucht, bereits im ordentlichen Beschwerdeverfahren hätte geltend machen können (sinngemäss Art. 46 VGG).

E. 2.1

Im Revisionsgesuch ist insbesondere der angerufene Revisionsgrund anzugeben und die Rechtzeitigkeit des Revisionsbegehrens im Sinne von Art. 124 BGG darzutun.

E. 2.2

Die Gesuchstellerin macht den Revisionsgrund des Vorliegens neuer erheblicher Tatsachen und Beweismittel (Art. 123 Abs. 2 Bst. a BGG) geltend und zeigt ausserdem die Rechtzeitigkeit des Revisionsbegehrens auf. Auf das im Übrigen frist- und formgerecht eingereichte Revisionsgesuch ist deshalb einzutreten.

E. 3.1

Gemäss Art. 45 VGG i.V.m. Art. 123 Abs. 2 Bst. a VGG kann die Revision eines Entscheids des Bundesverwaltungsgerichts verlangt werden, wenn die ersuchende Partei nachträglich erhebliche Tatsachen erfährt oder entscheidende Beweismittel auffindet, die sie im früheren Verfahren nicht beibringen konnte, unter Ausschluss der Tatsachen und Beweismittel, die erst nach dem Entscheid entstanden sind.

E. 3.2

Die Gesuchstellerin macht zunächst ein exilpolitisches Engagement geltend und reicht zur Stützung dieses Vorbringens ein Unterstützungsschreiben der "(...)" vom 17. Mai 2010, eine Mitgliederkarte des "(...)" in B._____ in Kopie, sowie zwei Zeitungsartikel vom Juni 2006 über ein Volleyballturnier des "(...)", an welchem sie teilgenommen habe, ein. Vorab ist darauf hinzuweisen, dass diese Umstände der Gesuchstellerin vor Abschluss des ordentlichen Verfahrens bekannt waren und sie nicht dargetan hat, weshalb es ihr bei Anwendung der zumutbaren Sorgfalt und in Beachtung der ihr obliegenden Mitwirkungspflicht nach Art. 8 AsylG nicht möglich oder nicht zumutbar gewesen wäre, diese bereits im Beschwerdeverfahren vorzubringen beziehungsweise die entsprechenden Beweisunterlagen zu beschaffen. Den genannten Vorbringen und Dokumenten ist somit die revisionsrechtliche Neuheit abzuspochen und ihre Einreichung im Revisionsverfahren als verspätet zu qualifizieren. Zudem liegen keine konkreten Anhaltspunkte für eine drohende menschenrechtswidrige Behandlung und damit ein völkerrechtswidriges Wegweisungshindernis aufgrund dieser Umstände vor, welche gemäss konstanter Rechtsprechung eine Berücksichtigung dieses Revisionsvorbringens trotz verspäteter Geltendmachung gebieten würde (vgl. Urteil des Bundesverwaltungsgerichts E-808/2009 vom 10. September 2009, E. 4.2, mit weiteren Hinweisen).

E. 3.3

Ebenso als verspätet und damit revisionsrechtlich unbeachtlich erweist sich das Vorbringen, sie stehe in regelmässigem Briefkontakt mit zwei inhaftierten PKK-Mitgliedern, zu dessen Beleg sie Briefe dieser Personen vom 29. März 2009, 28. September 2009, 30. Oktober 2009 und 11. Februar 2010 eingereicht hat. Zudem sind auch bezüglich dieser Umstände die Voraussetzungen für eine Berücksichtigung trotz verspäteter Geltendmachung nicht gegeben, da nicht schlüssig dargetan wurde, dass die Gesuchstellerin aus diesen Gründen mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit einer aktuellen, ernsthaften Gefahr menschenrechtswidriger Behandlung ausgesetzt wäre.

E. 3.4

Im Weiteren reicht die Gesuchstellerin mehrere Beweismittel (Referenzschreiben des Menschenrechtsvereins IHD vom 15. Mai 2010, ein Unterstützungsschreiben ihres Bruders C._____ vom 12. Mai 2001 [recte: 12. Mai 2010] und eine von zahlreichen Landsleuten und schweizerischen Bekannten der Gesuchstellerin unterzeichnete Petition vom 14. Mai 2010) ein, welche die von ihr im ordentlichen Verfahren vorgebrachten Asylgründe stützen sollen. Im Schreiben des IHD wird dargelegt, dass nach der Gesuchstellerin in ihrem Heimatdorf einige Male gefragt worden sei, jedoch keine Kenntnis darüber bestehe, ob gegen sie gefahndet werde oder ein Haftbefehl bestehe. Demnach lassen sich diesem Dokument keine hinreichenden Anhaltspunkte für eine Gefährdung in asylrechtlich relevantem Ausmass entnehmen. Ebenso sind das Schreiben des Bruders sowie die Petition zugunsten der Gesuchstellerin nicht geeignet, die im ordentlichen Verfahren getroffene

Einschätzung ihrer Gefährdungssituation umzustossen, da sie lediglich den bereits im ordentlichen Verfahren bekannten Sachverhalt wiedergeben. Die genannten Beweismittel sind demnach - ungeachtet der Frage ihrer Neuheit - jedenfalls als nicht erheblich im revisionsrechtlichen Sinne zu qualifizieren.

E. 3.5

Schliesslich beruft sich die Gesuchstellerin auf eine Verschlechterung der allgemeinen Menschenrechtslage in der Türkei, insbesondere in ihrer Herkunftsregion, sowie auf das Risiko frauenspezifischer Behelligungen. Aus diesen unspezifischen Ausführungen lassen sich indessen keine konkreten Hinweise auf eine individuelle Gefährdung der Gesuchstellerin ableiten, weshalb es diesen Vorbringen ebenfalls an der revisionsrechtlichen Erheblichkeit fehlt.

E. 3.6

Aus den restlichen Dokumenten (Referenzschreiben der Asylkoordination D._____ und Bestätigungsschreiben des E._____-Spitals D._____) lässt sich schliesslich ebenfalls nichts zugunsten der Gesuchstellerin ableiten. Diese Unterlagen beziehen sich auf die Integration der Gesuchstellerin in der Schweiz, was indessen revisionsrechtlich irrelevant bleibt.

E. 4

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass keine revisionsrechtlich relevanten Gründe dargetan sind. Das Gesuch um Revision des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 22. April 2010 ist demzufolge abzuweisen.

E. 5

Bei diesem Ausgang des Verfahrens sind die Kosten von Fr. 1'200.- der Gesuchstellerin aufzuerlegen (Art. 37 VGG i.V.m. Art. 63 Abs. 1 VwVG; Art. 1-3 des Reglements vom 21. Februar 2008 über die Kosten und Entschädigungen vor dem Bundesverwaltungsgericht [VGKE, SR 173.320.2]) und mit dem in dieser Höhe einbezahlten Kostenvorschuss zu verrechnen. (Dispositiv nächste Seite)

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.